

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/195

Bonn, den 17. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 - 2 | <u>Im Schußfeld</u> Zum Stand der Regierungsbildung | 45 |
| 2 | <u>Wahlkomödie</u> SED ließ "wählen" | 28 |
| 3 - 4 | <u>Die Bilanz von 20 Jahren:</u> Mehr als 15 Millionen Flüchtlinge aus den kommunistischen Ländern Moderne Völkerwanderung | 96 |
| 5 - 6 | <u>Wer will unter die Soldaten...?</u> - SED propagiert "sozialistische Wehrmora." - Von Helmut F. Bärwald | 64 |

Im Schußfeld

Zum Stand der Regierungsbildung

sp - Es geht recht munter zu bei der Regierungsbildung in Bonn. Der Vorsitzende der CDU sorgt für die üblichen Wochenendsensationen und Frank Josef Strauß steht ihm hier nicht nach. Sie setzen Erhard unter Druck, wollen ihn zwingen, welche Minister er in sein neues Kabinett aufzunehmen hat und welche er in die politische Wüste schicken soll.

Die Unionsparteien, Sieger der Bundestagswahl vom 19. September, bieten das schon gewohnte Bild der Verwirrenheit, der Intrigen und persönlichen Rivalitäten; von einem politischen Führungswillen kann unter diesen Umständen wohl kaum die Rede sein. Gewiß gibt sich Barzel, der junge Fraktionsvorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, redliche Mühe, die Geister bei der Stange zu halten und das von Intrigen gesäte Feld für Erhard freizukämpfen. Vom Glück war er bisher nicht sonderlich begünstigt. Sein eigener fintenreicher Parteivorsitzender hat es darauf angelegt, seine Macht und seinen Einfluß wieder zur Geltung zu bringen, nicht gerade zu Katz und Frohen von Erhard.

Praktisch ist der Bundeskanzler zwar der Sieger vom 19. September, doch ihm hängt nach, was Adenauer einst über ihn sagte, daß er ein Mann wäre, dem politische Standhaftigkeit und Führungskraft abgingen. Adenauer will ihn in die Zange nehmen, will seine Entscheidungsfreiheit begrenzt wissen. Der erste Bundeskanzler spricht seinem Nachfolger ab, was er, Adenauer, in der Zeit seiner Kanzlerschaft souverän beanspruchte und handhabte - als Bundeskanzler die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Daß er mit seinem Wochenendvorstoß die eigenen Reihen in Verwirrung brachte, auch bei Freunden Bestürzung auslöste, scheint ihn nicht zu genieren; er hat noch als fast 90-jähriger seine Freude am Mitspielen.

Wenn es wahr ist, daß vom Geist der ersten Stunden Gelingen oder Mißlingen eines Unternehmens abhängen, dann liegt über diesem Unternehmen der Regierungsbildung ein Unstern. In politischen Getriebe geht es oft hart zu, nicht alle Meinungen lassen sich über einen Felsten schlagen, im Ringen um Machtpositionen zerbrechen manche persönlichen Bindungen, treten scharfe Gegensätze zutage. Doch eine Regierung, die diesen Namen beansprucht, muß über ein Mindestmaß von Übereinstimmung und Harmonie verfügen, soll sie nicht schon beim nächsten Windstoß zur Untätigkeit verdammt sein. Gegensätze sachlicher und persönlicher Art innerhalb der

Unionsparteien und innerhalb der Koalition verurteilten das erste Kabinett Erhard zur Schwäche; diese Rivalitäten bleiben jedoch bestehen, ja sie treten schärfer und akzentuierter hervor und ihre Austragung nimmt Formen an, die schon an Erpressung heranreichen.

Gewiß, die kleine Koalition wird sich zusammenraufen, wir werden wieder eine Regierung Erhard bekommen, doch innerhalb dieser Regierung und der Koalitionsparteien stehen auch Kräfte auf Lauer, um bei passender Gelegenheit Mißliebige und Unbequeme wieder abzuschütteln. Die Atmosphäre im Vorhof der Regierungsbildung gibt jetzt einen üblichen Vorgesmack von dem, was zu erwarten ist. Es wird der deutschen Politik nicht zum Nutzen sein.

+ * +

Wahlkomödie

SED ließ "wählen"

sp - Jede Diktatur sucht zur Legitimierung ihrer Herrschaft die Zustimmung der von ihr Unterdrückten. Das braucht sie zur Selbsttäuschung und zur Täuschung der Welt. Auch ein Ulbricht unterscheidet sich nicht in dieser Hinsicht von anderen Diktatoren. Die von ihm und der SED zugelassenen Wahlen sind nicht einmal das Papier wert, auf dem die Namen der Kandidaten stehen. Das gilt auch für die am letzten Sonntag abgehaltenen Wahlen für die Vertretungen in den Kreisen, Städten, Stadtbezirken und Gemeinden Mitteldeutschlands. Der Staatsrat glaubte, diesen Wahlen dadurch eine liberale Note geben zu müssen, indem er die Aufstellung von Listen genehmigte, die mehr Kandidaten enthielten, als gewählt werden konnten. Der Wähler selbst sollte den Kandidaten bestimmen und die Möglichkeit haben, Mißliebige zu streichen. Auf die Aufstellung der Kandidaten hatte er jedoch so gut wie gar keinen Einfluß, das besorgten schon die allmächtige SED und ihr Satellitenanhang. Das Ganze galt als "Liste der Nationalen Front".

Die SED bekam bald Angst vor der eigenen Courage, und sie sorgte auf ihre Weise dafür, daß den 12 Millionen Wählern die Lust zu Streichungen auf der Liste verging. Der Erfolg blieb nicht aus: Es gab fast 100-prozentige Wahlbeteiligung, Streichungen auf den Kandidatenlisten erfolgten nur in den allerseltensten Fällen. Die Abgabe der Listen vollzog sich zumeist vor den wachsamen Augen geschulter SED-Funktionäre in aller Öffentlichkeit. Von Geheimhaltung also keine Spur. Das SED-Regime fühlt sich wieder einmal "bestätigt". Es wird versuchen, mit diesem Ergebnis die Welt zu täuschen. Über die wahre Stimmung der Zonenbevölkerung sagen diese Wahlen freilich nichts aus, hat doch der Zonenbewohner noch weniger Freiheit als im kommunistischen Polen. Die er wählte, oder vielmehr wählen mußte, sind nicht seine Vertreter, sie bleiben Beauftragte eines verhassten Regimes.

+ * +

Die Bilanz von 20 Jahren:

Mehr als 15 Millionen Flüchtlinge aus den kommunistischen Ländern
Moderne Völkerwanderung

Menschen auf der Flucht vor den Kommunismus sind ein Charakteristikum unserer Zeit. Mehr als 15 Millionen Flüchtlinge registrierten die Statistiker seit 1945. Würde man ihre Zahl gleichmäßig auf die vergangenen zwanzig Jahre verteilen, so zeigte sich, daß alle 42 Sekunden irgendwo ein Mensch seine Heimat verlassen und ein Leben im Exil dem Leben unter der Herrschaft des Kommunismus vorgezogen hat.

Wie groß diese Zahl tatsächlich ist, wird deutlich, wenn man sie mit den Bevölkerungsziffern verschiedener Länder vergleicht. Fünfzehn Millionen Menschen - das sind mehr, als die Gesamtbevölkerung der acht afrikanischen Staaten Togo, Somalia, Sierra Leone, Niger, Libyen, Burundi, Zentralafrikanische Republik und Gabun ausmacht, sind rund dreimal soviel wie in der Schweiz oder in Kamerun und fast zweimal soviel wie in Österreich, Ghana oder in Chile leben.

Die Mehrzahl der Flüchtlinge kam in Massentrecks über die Grenzen, andere kamen in kleinen Gruppen oder familienweise, wieder andere hatten sich heimlich und alleine auf den Weg gemacht, um die zurückgebliebenen Angehörigen nicht zu gefährden. Sie alle ließen Vaterland, Haus und Hof und Hab und Gut zurück, um in einem freien Land ihre Zukunft nach eigenem Ermessen gestalten zu können.

Das Heer der Flüchtlinge rekrutiert sich aus Angehörigen aller Berufe und sozialen Schichten. Unter ihnen befinden sich Universitätsprofessoren und Politiker, Fabrikbesitzer und Arbeiter, Bauern, Kaufleute und Handwerker, Ärzte und Anwälte - Junge und Alte, Väter, Mütter und Kinder.

Fast sieben Millionen Flüchtlinge in Europa

Den Auftakt zur großen Völkerwanderung unseres Jahrhunderts gaben die 1,6 Millionen verschleppten Personen (Displaced Persons) aus den osteuropäischen Ländern, die sich bei Kriegsende in Westeuropa befanden und nicht repatriert werden wollten, weil ihr Land ganz oder zum Teil unter kommunistische Kontrolle geraten war.

In den vergangenen zwanzig Jahren kamen noch 1,3 Millionen osteuropäische Flüchtlinge hinzu. Eingeschlossen in diese Zahl sind 60 000 Tschechen, die nach dem kommunistischen Staatsstreich 1948 fliehen mußten, 200 000 Ungarn, die nach dem mit sowjetischen Panzern und Militär niedergeschlagenen Volksaufstand im Herbst 1956 die Flucht ergriffen.

Ein Sonderfall in der Flüchtlingsstatistik sind die Zonenflüchtlinge (3,7 Millionen), die bis zum Bau der Mauer in großer Zahl Tag für Tag in den Auffanglagern West-Berlins und Westdeutschlands ankamen. Nach dem Bau der Mauer im August 1961 und der planmäßigen hermetischen Abriegelung aller Fluchtwege ist nur noch verhältnismäßig wenigen die Flucht gelungen - bis zum Frühjahr 1965 sind noch 21 000 Menschen in den freien Westen gelangt.

Mehr als acht Millionen Flüchtlinge in Asien

Wo immer der Kommunismus sich ausbreitet oder die Gefahr einer Regierungsübernahme der Kommunisten besteht, gibt es Flüchtlinge. Die Zahl derer, die in den freien Ländern Asiens um Asyl nachsuchen, wächst unablässig. Sie beträgt gegenwärtig 8,3 Millionen.

Die großen Flüchtlingsbewegungen im Fernen Osten setzten 1945 in Korea ein. In diesem Jahr wurde Nordkorea von den Kommunisten besetzt; und drei Jahre später erhielt es eine kommunistische Regierung. Von 1945 bis 1950 fliehen 4,4 Millionen Nordkoreaner in den freien Süden des Landes. Ihnen folgten sieben Monate nach dem bewaffneten Überfall der Kommunisten auf Südkorea im Jahre 1950 weitere 200 000 Nordkoreaner.

Weithin bekannt ist das Elend der zwei Millionen chinesischen Flüchtlinge, die in den überfüllten Lagern in Hongkong, Macao und auf den Philippinen leben. Allein im Monat Mai des Jahres 1962 trafen rund hunderttausend ausgehungerte, ausgehungerte und verzweifelte Chinesen in den Auffangslagern in Hongkong ein. Der Anlaß ihrer Flucht war der völlige Zusammenbruch des rotchinesischen Parteiprogramms, das unter der Bezeichnung "Großer Sprung vorwärts" lautstark propagiert worden war und dem chinesischen Volk eine bessere Versorgung garantieren sollte. Drei Jahre (1958-61) hatte dieses Programm bestanden - drei Jahre Wollspekulationen, drei Jahre Agrareresster und Hungersnöte waren die traurige Bilanz der Pekinger Kollektivierungsmaßnahmen.

Im Juli 1954 wurde der Indochinakrieg mit der Teilung von Vietnam zunächst beendet. Der Norden erhielt eine kommunistische Regierung unter Ho Chi Minh, der Süden wurde im Oktober 1955 unabhängige Republik. Die Folge war, daß sich im Laufe von zehn Monaten nahezu eine Million Nordvietnamesen nach dem Süden des Landes absetzten.

Als die Rotchinesen 1950 die Grenze von Tibet überschritten und das Land militärisch besetzten und als sie 1959 einen Volksaufstand mit Waffengewalt niederschlugen, gingen 60 000 Tibeter freiwillig ins Exil. Viermal so groß ist die Zahl der laotischen Flüchtlinge, die seit 1960 die Flucht einem Leben unter kommunistischer Herrschaft vorgezogen haben.

Flüchtlinge auf der westlichen Halbkugel

Nicht nur in Europa und im Fernen Osten fliehen Menschen vor dem Kommunismus, auch auf der westlichen Halbkugel trifft dies in einem Fall zu: Kuba. 315 000 Kubaner haben seit Fidel Castro im Januar 1959 die Herrschaft auf Kuba übernahm, die Insel als Flüchtlinge verlassen. 270 000 von ihnen leben heute in den USA, 45 000 wanderten nach anderen lateinamerikanischen Staaten und nach Spanien aus. Viele mußten die Flucht in kleinen, seeuntüchtigen Booten wagen. Viele erreichten den schützenden Hafen, viele ertranken aber auch oder wurden auf der Flucht von den kommunistischen Verfolgern erschossen. Sie alle wußten nur zu gut, daß ihre einzige Rettung die Flucht war und daß ein Fluchtversuch unternommen werden mußte, bevor die Kommunisten Zeit haben würden, auch die letzten Fluchtwege zu versperren. - Trotz aller Segenmaßnahmen ist es den kommunistischen Ländern bisher nicht gelungen, den Flüchtlingsstrom gänzlich zum Versiegen zu bringen - noch immer sind es jährlich 24 000 bis 30 000 Menschen, die in irgendeinem freien Land Schutz vor dem Kommunismus suchen.

Wer will unter die Soldaten...?

- SED propagiert "sozialistische Wehrmoral" -

Von Helmut F. Bärwald

Die "Sozialistische Einheitspartei" der Sowjetzone hat Sorgen mit ihren Soldaten. Nicht nur mit denen, die in der "Nationalen Volksarmee" (NVA) Dienst tun, sondern auch und besonders mit denen, die noch Soldaten werden sollen. Die seit Jahren von Partei- und Armeeführung immer wieder geforderte und forcierte "sozialistische Wehrerziehung" der Jugend hat offenbar nicht zu der erwarteten Entwicklung einer "sozialistischen Wehrmoral" geführt. Das mußte in den letzten Wochen von führenden SED-Funktionären und hohen Militärs, bis hinauf zum Verteidigungsminister der SBZ, General Hoffmann, zugegeben werden. Auch die theoretische Zeitschrift Ges. ZK der SED, "EINHEIT", sowie die NVA-Zeitung "Volksarmee" kamen nicht umhin, dieses Eingeständnis zu machen. In gleichem Atemzuge wurde eine erneute Verstärkung der "sozialistischen Wehrerziehung" verlangt. Es würde, so lamentierten die Kritiker, höchste Zeit, durch gemeinsame Anstrengungen aller erzieherischen und ideologischen Einrichtungen und Organe eine Wendung herbeizuführen.

Die vormilitärische und innerhalb der NVA betriebene politische Schulung versucht seit Jahren, in gefährlicher Schwarz-Weiß-Malerei dieses Bild zu malen: Auf der einen Seite, östlich von Mauer, Stacheldraht und Minenfeldern existiert der friedliebende "Erste Deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat", die "wahre Heimat des Sozialismus". Auf der anderen Seite liegt die Bundesrepublik, der Hort des Militarismus und Imperialismus.

Feindliche Fragen an Soldaten

Offenbar ist diese Art von politischer Schulung an der Mehrzahl der sowjetzonalen Jugendlichen spurlos vorbeigegangen, oder sie ist sogar auf teilweise sehr offen vorgebrachte harte Kritik gestoßen. Nicht von ungefähr mahnt die SED-Zeitschrift "EINHEIT": "Ausschlaggebend für die Einstellung zum Wehrdienst und für die Wehrmoral ist eine klare Position in der Frage: Wer ist mein Freund und wer ist mein Feind." Doch unbeirrt fragen junge Wehrpflichtige und Soldaten in Mitteldeutschland immer wieder nach dem Zweck der Berliner Mauer.

nach dem Sinn der Minenfelder an der Zonengrenze und nach dem Sinn des unmenschlichen Schießbefehls gegen Flüchtlinge.

Die jungen Menschen in Mitteldeutschland nehmen auch an der Terminologie der Politischulung Anstoß. So stellte zum Beispiel ein junger Leser der FDJ-Zeitschrift "Junge Welt" die Frage, warum der bundesrepublikanische Verteidigungsminister ständig als Kriegsminister tituliert werde.

Die Ironie der Politischulung

Die politische Schulung der zukünftigen und derzeitigen NVA-Soldaten richtet sich heute in ironischer Umkehrung gegen die Interpretation einer "sozialistischen Wehrmoral". Während sich die SED-Propagandisten bemühen, die Bundeswehr als "faschistische Armee" hinzustellen, übertragen offenbar viele Wehrpflichtige in Mitteldeutschland dieses Bild auf die "Nationale Volksarmee". Wie anders wäre es sonst zu erklären, daß die SED-Zeitschrift "EINHEIT" sich bitter darüber beklagt, daß derartig "unzulässige Vergleiche" der NVA mit der faschistischen Armee nicht fördernd auf die sozialistische Wehrmoral der jungen Bürger wirken. Sie verwischen, so meint das offizielle Organ des SED-ZK "den prinzipiellen Unterschied zwischen der faschistischen Wehrmacht und der NVA".

Klage des Zentralrats der FDJ

Auch die "Gesellschaft für Sport und Technik" (GST), in der alle 14- bis 18-jährigen Jungen im Sinne des SED-Regimes vormilitärisch ausgebildet werden sollen, hat den ihr gestellten Auftrag nicht erfüllt. Der Zentralrat der "Freien Deutschen Jugend" klagte: Der Motorsport und andere Sportarten würden in den GST-Gruppen in einer Form ausgeübt, die mit vormilitärischer Ausbildung nicht mehr viel gemein hätte. Außerdem würde die ideologische Erziehung der künftigen Soldaten innerhalb der GST vernachlässigt, wenn sie nicht überhaupt völlig fehle.

Die kritische Einstellung des Überwiegenden Teils der jungen Männer in Mitteldeutschland gegenüber der NVA und dem von der SED propagierten "sozialistischen Wehrbewußtsein" ist trotz aller Beeinflussungsversuche durch Partei und Staat härter und offener geworden.